

Sept 1945

CDU - Leitsätze

Politische Leitsätze

der

● **Christlich-Demokratischen Union**

Stadtkreis Frankfurt a. M.

Geschäftsstelle Blumenstraße 3 · Fernsprecher 53170

Wir wollen ein neues Deutschland. Ein ganz anderes, als durch das vergangene Regime zu einem Gegenstand des Hasses der ganzen Welt geworden ist, ein anderes aber auch, als es vor 1933 oder vor 1914 gewesen ist. Wir wollen heute nicht einfach da fortfahren, wo unsere Vorgänger 1933 aufhören mußten, so als ob seitdem nichts geschehen wäre. Wir wollen daher zuerst und vor allem, daß die Idee der Gewalt, die in fast zwei Jahrhunderten preußisch-deutscher Geschichte immer wieder wie eine geistige Krankheit unser Volk angesteckt hat, mit ihren letzten Wurzeln aus unserem politischen Bewußtsein verschwinde, die Idee der Gewalt nach innen und nach außen. Sie soll ersetzt werden durch die Idee des Rechtes, also des Respektes vor dem Mitbürger, vor seiner Meinung und seinem Willen, aber auch der Achtung vor den Nachbarvölkern und den mit ihnen geschlossenen Verträgen.

Ein Staat des Rechtes

Das neue Deutschland soll auf der Grundlage des Rechtes aufgebaut und nicht mehr ein Staat sein, der wie ein Moloch seine eigenen Bürger frißt. Der neue Staat soll durch eine Verfassung seinen Bürgern genau umschriebene staatsbürgerliche Pflichten auferlegen und ihnen durch unantastbare Grundrechte einen wirksamen Schutz vor Übergriffen der Staatsgewalt garantieren. Es soll wieder ein Verfassungsstaat mit demokratischen Spielregeln sein. Es brauchen hier nicht die selbstverständlichen Elemente einer modernen Demokratie alle aufgezählt zu werden, die wir in einem neuen Staate verwirklicht sehen möchten. Im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte scheinen uns aber folgende Grundsätze des Staatslebens besonders wichtig zu sein: Die Regierung muß ständig unter der Kritik und Kontrolle der Bürger stehen. Die Staatsführung muß, wenn sie einen falschen Weg einschlägt, vom Volke oder seinen Vertretern abberufen werden können. Auf der anderen Seite muß verhindert werden, daß eine rechtmäßig gebildete demokratische Regierung zum Spielball des Parlaments wird. Vor allem aber ist in der Verfassung Vorsorge zu treffen, daß sie erklärten Feinden der Demokratie nicht selbst die Mittel zum tödlichen Überfall auf die Demokratie in die Hände gibt.

Eine Politik des Friedens

Wir bekennen uns zur **Achtung** des Krieges. Er ist kein erlaubtes Mittel der Politik, zumal er mehr Menschenleben und Lebensgüter vernichtet, als selbst ein Sieg wert sein könnte — vollends im Zeitalter der Luftbombardements und der Atombombe. Wir bekennen uns daher zu dem Grundsatz, daß jeder internationale Konflikt künftig nur noch vor dem Forum einer internationalen Friedensorganisation ausgetragen werden darf und durch Vereinbarungen beigelegt werden muß. Ein gedeihliches Zusammenleben der Völkerfamilie der Welt ist nur auf der Grundlage der Unverletzlichkeit der Verträge möglich. Deshalb wollen wir, daß nie mehr ein internationaler Vertrag als ein „Fetzen Papier“ bezeichnet oder behandelt werden darf. Das allgemein anerkannte internationale Recht soll ein selbstverständlicher Bestandteil auch des deutschen Rechtes sein.

Mit besonderem Nachdruck bekennen wir uns zu einer inneren Läuterung unseres politischen Bewußtseins von militaristischen Traditionen und nationalistischen Vorstellungen. Wir müssen nicht nur die Nazi-Lehre von der Überlegenheit der germanischen Rasse überwinden, sondern auch die älteren Vorstellungen von der sogenannten „Größe und Herrlichkeit“ des Soldatentums und von der angeblichen Berufung Deutschlands zur politischen Vorherrschaft in Europa oder gar zur Weltherrschaft. Diese Wahnideen haben immer wieder den Nährboden für eine verantwortungslose Kriegspolitik abgegeben und zu Katastrophen geführt. Deshalb müssen sie aufgegeben werden, gründlich, für immer. Nicht „der Soldat ist der erste Mann im Staate“, sondern der Zivilist, der seine Pflicht tut. Wir wissen, daß es einer tief-

gehenden Umerziehung unseres Volkes bedarf, um hier Wandel zu schaffen. Dennoch wollen wir diesen Wandel im Glauben an die edlen Kräfte unseres Volkes herbeiführen, vor allem durch die Erziehung unserer Kinder. Selbstverständlich wollen wir, daß aus dem Leben der Gemeinschaft jede Art von militärischer oder vormilitärischer Erziehung ausgeschlossen bleibe. So wird eines Tages an die Stelle eines engstirnigen Nationalismus und Militarismus ein geklärtes Nationalbewußtsein getreten sein, wie es auch andere große Völker haben, in dem neben einer natürlichen Vaterlandsliebe noch genug Platz ist für ein echtes Weltbürgertum. Wir erwarten, daß dann ein geläutertes Deutschland auch zu der internationalen Friedens-Organisation gehören wird und daß es dort dann die Lebensrechte seiner Nation wieder wird geltend machen können, die ihm der Nationalsozialismus durch seine Kriegspolitik so schändlich verfan hat.

Ehrliche Zusammenarbeit

Wir betrachten das lebendige Christentum aller Bekenntnisse als Grundlage unseres politischen Handelns. Wir wollen vor allem die in Jahrhunderten bewährte christliche Auffassung vom unschätzbaren Wert des einzelnen Menschen mit allen politischen Konsequenzen in unserem Volke wieder verwirklichen. Ferner wollen wir die aus dem Glauben geborene Hilfsbereitschaft aller Christen für den tatkräftigen Dienst an unserem niedergebrochenen Volk einsetzen. Da das christliche Menschenbild in wesentlichen Zügen das gleiche ist, wie es auch vielen Nichtchristen als das einer weltlichen Humanität vorschwebt, werden auch sie mit uns zusammengehen können.

Die Menschen der christlichen Bekenntnisse werden nach einer Zeit gemeinsam erduldeten Leiden — unbeschadet der Verschiedenheit ihrer Lehren — auch weiterhin eine brüderliche Haltung zueinander bewahren und in dieser Partei zusammengehen. Sie werden sorgfältig alles vermeiden, was den Frieden stören und alles tun, was ihn vertiefen könnte. Allen Nichtchristen werden sie Duldsamkeit und Achtung entgegenbringen und dürfen daher eine gleiche Haltung auch von ihnen erwarten.

Wir sind daher jederzeit zu politischer Zusammenarbeit mit Gruppen und Parteien anderer Richtungen bereit, vorausgesetzt, daß sie sich eindeutig ohne Vorbehalt und für dauernd auf die gemeinsame Plattform der Demokratie stellen, jede Diktatur ablehnen und soweit sie keine dem Christentum feindlichen Ziele erstreben.

Staat und Kirche

Wir wünschen eine reinliche Abgrenzung der Zuständigkeit der staatlichen und kirchlichen Autorität. Das nationalsozialistische Regime hat versucht, unter scheinchristlicher Tarnung die religiösen Bekenntnisse zu unterdrücken und sie durch eine eigene Staatsvergottung mit einem Mythos von Herrenrasse und Führertum zu ersetzen.

Der Staat hingegen, in dem wir unsere Politik aus christlicher Überzeugung vollbringen wollen, soll die religiösen Bekenntnisse nicht nur achten und ihre Freiheit schützen, sondern ein fruchtbares Verhältnis der Zusammenarbeit mit ihnen gewinnen. Das Wohl des Volksganzen und des Einzelnen ist das Ziel des Staates und liegt in der Zielrichtung auch der Kirche. Die Mittel ihrer Arbeit sind verschieden: Politik ist Sache des Staates, Seelsorge Sache der Kirchen. Sowohl für die weltliche wie die geistliche Autorität ist bei Erfüllung ihrer Aufgaben gegenseitige Bevormundung abzulehnen. Die Selbständigkeit und Handlungsfreiheit der Kirchen soll auch nicht durch finanzielle Abhängigkeit vom Staate beeinträchtigt werden. In diesem Geiste sind die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche abzuschließen.

Jugend und Erziehung

Der Nationalsozialismus hat der Jugend die Wurzeln des gesunden Wachstums abgegraben. Er hat sie der Familie entfremdet, aus den kulturellen, morali-

schen und religiösen Bindungen herausgerissen, um sie allein seiner Staatsvergottung und seinem Imperialismus dienstbar zu machen. Mit der Parole „Jugend kann nur durch Jugend geführt werden“ hat er die Jugend verführt, der Achtung der elterlichen und kirchlichen Autorität beraubt und sie die schönsten Werte der deutschen Vergangenheit verlächeln und verhöhnen gelehrt. Dann, ohne eigenen sittlichen Halt, verfiel sie dem Rassenhochmut, dem Machtrausch und teilweise der Verlotterung.

Wir wollen, daß die Jugend wieder gottesfürchtig werde, gehorsam und ehrfurchtsvoll den Eltern, dem Alter, Lehrern und Trägern der staatlichen Autorität gegenübertrete, daß sie sich als werdendes Glied des eigenen Volkes und der Menschheit fühle, und zwar im Bewußtsein ihrer guten Anlagen einerseits, ihrer Verantwortung und Aufgaben gegenüber Volk und Menschheit andererseits. Sie muß klar den Unwert des Militaristischen und den Widersinn des Krieges erkennen und dem Idol eines Staates absagen, der nur sich selbst sucht und nicht dienen will. Das Ziel der Neuerziehung muß sein, die echten republikanischen Tugenden zu wecken: Gerechtigkeit, Duldsamkeit dem Mitbürger gegenüber, Wahrhaftigkeit, gemeinschaftlichen Sinn und Achtung vor anderen Völkern und ihren Lebensformen.

Ehe und Familie

Ein Volk ist soviel wert, wie in ihm die Familie wert ist. Das muß der Staat wissen, und danach muß er handeln. Der Nationalsozialismus hat viel von der deutschen Familie geredet, in Wirklichkeit aber hat er alles getan, um sie auseinanderzureißen. (Kinderlandverschickung, Arbeitsdienst, Arbeitseinsatz, Militärdienst.) Die Familie war ihm gut genug, das Material für seine Machtmachine zu liefern.

Die Würde war ihm unbequem. Jeder Einzelne, ob Mann, ob Frau, ob Kind durfte nur ihm allein gehören und seinem Zwecke dienen. Darum versuchte er die innere Macht der Familie zu brechen und ihren Geist zu vergiften. Darum untergrub er sowohl die Autorität der Eltern wie den Gehorsam der Kinder, darum riß er die Familien bedenkenlos auseinander. Der neue Staat muß dagegen alles tun, um die Getrennten wieder zusammenzuführen und ihre Familiengemeinschaft zu stützen und zu fördern.

Das dürfen wir auch nicht vergessen, wenn die neuen Maßnahmen zu treffen sind, die im Zuge des Wiederaufbaues eine Berufsumschichtung des deutschen Volkes zur Folge haben werden. Der Nationalsozialismus hat den innersten Kern der Familie, die zuverlässige und treue Ehe, durch eine neue Handhabung des Ehescheidungsrechtes in einer Weise, die dem Volk wohl noch gar nicht bewußt geworden ist, ausgehöhlt: er hat durch seine Praktiken geradezu die Verstoßung der Frau legalisiert und sie und ihre Kinder moralisch und wirtschaftlich entrechtet. Der neue Staat dagegen muß alles tun, um die Ehe zu erhalten und ihre gottgegebene Würde und bindende Kraft, soviel an ihm liegt, zu befestigen. Die Geltung der Ehe liegt nicht im Belieben derer, die sie abgeschlossen haben. Ihr Sinn und Wert übersteigt die persönlichen Interessen ihrer beiden Partner. Ihr Lebensbund entfaltet und vollendet sich nach dem ihm innewohnenden Gesetz der Natur, das im gesunden Menschen eins ist mit dem Willen ihrer Liebe selbst, zu einer mit Kindern gesegneten Familie.

Eine solche Ehe und Familie hat der Staat in der Schule zu lehren und im öffentlichen und geistigen Leben zu schützen. Durch seine Lohn- und Steuergesetzgebung und seine Wohnungspolitik hat er dieser Familie den Raum zu schaffen, den sie braucht, um entstehen und sich voll entfalten zu können.

Der Mann muß in vollem Sinne das Haupt der Familie sein; er kann es nur, wenn er nicht Objekt, sondern Subjekt seines Lebens ist; das heißt aber, daß ihm der Staat durch seine Wirtschafts- und Sozialpolitik die Möglichkeit gibt, seine Familie in Ehren zu ernähren, und durch seine Sozial- und Staats-

verfassung, echter Mitträger der Verantwortung für die öffentlichen Dinge zu sein. Nur dann wird die Frau als das Herz der Familie in innerer Freiheit die Verantwortung des Mannes mittragen und vertrauensvoll die Mutter seiner Kinder werden können. Wir wissen aber, daß der Staat hier nur Hilfestellung leisten kann, und wir appellieren an den Mut und die innere Gesundheit der deutschen Frauen und Männer: an ihre Zuversicht, für unsere Kinder eine würdigere Welt erbauen und Frieden erkämpfen zu können.

Das Schulwesen

Die deutsche Schule ist in den letzten 12 Jahren auf den Hund gekommen. Der Nationalsozialismus hat vom Kindergarten bis zur Universität die Stätten der Bildung und Erziehung für seine Zwecke beschlagnahmt, die Mitwirkung des Elternhauses und der Kirchen beseitigt, die Lehrerschaft teils verdorben, teils ausgeschaltet, zumindest ihre besseren Teile behindert und kontrolliert. Die deutsche Wissenschaft hat sich in erschreckendem Ausmaß an seine diabolischen Tendenzen ausgeliefert, sie verriet die Wahrheit an den staatlichen Zweck. In allen Schulstufen ist zugleich eine erhebliche Senkung des Niveaus die Folge dieses Verrates gewesen. Deshalb ist eine gründliche Erneuerung des Schulwesens nach Geist und Methoden eines unserer dringlichsten Anliegen. Die Umerziehung des deutschen Volkes beginnt mit der Umerziehung der Jugend, also mit der Umbildung der Schule.

Die Kultur des deutschen Volkes ist vielfältig, das ist das Ergebnis seiner Geschichte. Verschiedene christliche Bekenntnisse und andere Weltanschauungsmächte beanspruchen in geschichtlich begründeten Auseinandersetzungen den deutschen Menschen. Die verschiedenen an der Schule interessierten Mächte lassen ein einheitliches Ziel der Erziehung nicht ohne weiteres zu. Wir müssen mit dieser Tatsache rechnen und in gegenseitiger Duldung, da es eine ideale Lösung nicht geben kann, eine brauchbare Lösung finden und entwickeln. Wir sehen eine Staatsschule vor, die den jungen Menschen auf der Grundlage einer aus den Werten der europäischen und deutschen Geschichte erwachsenen positiven humanitären Ethik bildet, eine Staatsschule, die nicht antichristlich und antikirchlich ist, sondern dem Geist des Christentums und anderen in unserem Bereich gewachsenen geistigen Strömungen offen steht.

Den christlichen Bekenntnissen erkennen wir das Recht zur Einrichtung und Führung eigener Privatschulen zu, andern weltanschaulichen Gruppen seien sie nicht verwehrt. Den Privatschulen sollen vom Staate verhältnismäßig die gleichen geldlichen Zuwendungen gemacht werden wie den Staatsschulen selbst; diese Schulen unterliegen in den profanen Fächern der Prüfung und staatlichen Kontrolle. Ihre Zeugnisse sind mit denen der Staatsschulen gleichwertig. Wir erheben diese Forderung, weil wir glauben, daß nur der entschiedene und auch aus der Kraft und Fülle einer religiösen und weltanschaulichen Bindung gebildete Mensch den Aufgaben des Lebenskampfes gewachsen ist und alle Möglichkeiten des Menschen ausschöpfen kann. In den Staatsschulen, nach Möglichkeit auch in den Berufsschulen, muß den Kindern nach Bestimmung der Eltern die Möglichkeit des Religionsunterrichtes in kirchlichem Auftrag geboten werden. Diese Grundsätze gelten sowohl für die Volksschule wie für die höhere Schule.

Für das Volksschulalter ist die allgemeine Schulpflicht eine Selbstverständlichkeit. Die Volksschule ist als Grundschule der Volksbildung mit großem Ernst in den Lehrplänen und Lehrmitteln zu erneuern und politisch zuverlässigen Lehrern anzuvertrauen. Der Zugang zur höheren Schule soll erschwert werden, da es im Interesse des Volkes liegt, in den kommenden Jahrzehnten der Armut und harten Arbeit die Schicht der führenden Berufe qualitativ zu fördern und quantitativ zu beschränken. Umso wichtiger ist es, daß den Minderbemittelten, Hochbegabten der Weg zu dieser Schicht geöffnet wird. Der Staat hat darauf zu achten, daß die Universität Gelegenheit hat, sich ihre alte Unabhängigkeit und ihren alten hohen Anspruch in strenger Be-

mühung zurückzuerobern. Sie soll in Geist und Aufbau ihrer Fakultäten und ihrer Führer und Lehrstühle das vom Spezialistentum verdunkelte Ziel der wahren *Universita literarum*, der Einheit und Fülle aller Wissenschaften neu zu gewinnen suchen.

Presse und Rundfunk

Presse und Rundfunk sind als Mittel der Meinungsbildung im dritten Reich für eine häßerfüllte und lügenhafte Propaganda ausgenutzt worden. Sie müssen in Zukunft so geführt und verwaltet werden, daß das Volk ein neues Vertrauen zur Wahrheit von Nachricht und Darstellung und zur Glaubwürdigkeit des gesprochenen und geschriebenen Wortes gewinnt. Auch ist die Zusammenarbeit aller demokratisch gesinnten Kräfte auf die Dauer nur fruchtbar, wenn die öffentlichen Auseinandersetzungen aus dem Geist der Sachlichkeit und Toleranz und nicht mit den Mitteln der Agitation, Verfälschung und Sensation geführt werden. Um zu verhindern, daß die Presse der Macht eines anonymen Kapitals oder anderer unkontrollierbarer Mächte verfällt, fordern wir die Öffentlichkeit der Besitzverhältnisse aller Verlage, auch der Buchverlage.

Die besondere Publizität des Rundfunks, dessen Sendeanlagen als Gemeinbesitz verwaltet werden sollen, fordert die paritätische Mitarbeit aller Parteien und Bekenntnisse.

Sozialismus und Eigentum

Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage, und zwar in folgender Form: Wir erstreben die Überführung gewisser großer Urproduktionen, Großindustrien und Großbanken in Gemeineigentum. Wir wollen ferner, daß die Wirtschaft im Großen einheitlich und planvoll gelenkt werde, weil nur dadurch Fehlanlagen und Verschwendung volkswirtschaftlichen Gutes verhindert und ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgesichtspunkten, und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen gesichert werden kann. Deshalb wollen wir vor allem eine öffentliche Kontrolle und Lenkung der Kapitalanlage, soweit ein Interesse der Allgemeinheit daran vorliegt. Solange die Rohstoffe infolge des Krieges besonders knapp sind, halten wir aus sozialen Gründen auch eine Weiterführung der Rohstoffbewirtschaftung für notwendig.

Sinn und Zweck aller sozialistischen Maßnahmen ist nicht die Verstärkung der Macht des Staates oder gar seiner Kriegsmacht, wie es in den nationalsozialistischen und anderen Wirtschaften der Fall war, sondern ihr unmittelbares Ziel ist die Schaffung eines nach dem Stande der Technik und der besonderen Lage Deutschlands möglichst hohen Wohlstandes der breiten Massen unseres Volkes, auf die Dauer auch die Schaffung neuen Eigentums für die besitzlosen Schichten, weil nur auf der Grundlage dieses Eigentums ein gesundes Familienleben wachsen kann.

Wie in seinen Zielen so soll auch in seinen Methoden der Sozialismus demokratisch und nicht diktatorisch sein. Er muß also getragen werden vom Volke und seinen Organen selbst und muß innerhalb seines Rahmens genügend Platz lassen für die Entfaltung persönlicher Initiative und für den Wettbewerb der besten Leistung. Überhaupt muß das neue System planvoller Wirtschaftlenkung mit der alten abendländischen Idee der freien und verantwortlichen Persönlichkeit ausgefüllt und belebt werden. Es ist daher unser sozialistisches Ziel, einer möglichst großen Zahl von Menschen ein Leben in Freiheit von Not, in menschlicher Würde und Selbstverantwortung zu sichern.

Bauerntum und Handwerk

Im deutschen Bauerntum herrschen im allgemeinen noch gesunde Eigentumsverhältnisse. Deshalb muß hier das Eigentum grundsätzlich erhalten und geschützt werden. Das schließt aber nicht aus, daß auch die Landwirtschaft in die gesamte Planung des Wiederaufbaues eingeordnet wird, sich insbesondere einer vernünftigen Anbauplanung fügt. Die Landwirtschaft wird

auf die Dauer eines besonderen Schutzes bedürfen, wenn die Produkte des Weltmarktes wieder nach Deutschland fließen werden. Sie wird dann öffentlicher Hilfe bedürfen, um sich durch eine bessere technische Ausrüstung mit Maschinen und Geräten auf eine besonders intensive Bewirtschaftung ihres Bodens einstellen zu können. Das verantwortungsbewußte Bauerntum wird für diese öffentliche Hilfe schon jetzt die Voraussetzung schaffen, in dem es in den jetzigen Notzeiten seine Ablieferungspflichten gegenüber der hungernen Stadtbevölkerung sorgfältig erfüllt.

Im Hinblick auf den Zustrom von Millionen Ausgewiesener aus den verlorenen Gebieten und ihre Zusammendrängung auf dem Deutschland noch verbliebenen Boden ist aus sozialen Gründen die Aufrechterhaltung der Masse des vorhandenen Großgrundbesitzes nicht mehr zu verantworten, selbst wenn er bisher gute wirtschaftliche Leistungen erbracht hat. Wir werden uns daher dafür einsetzen, daß der Großgrundbesitz — sei er privat oder öffentlich — weitgehend aufgeteilt und allmählich in den Besitz tüchtiger Bauernfamilien aus den verlorenen Gebieten überführt wird.

Eine wesentliche Grundlage jeder gesunden Wirtschaft, zumal angesichts des Wegfalls der deutschen Rüstungsindustrie, ist das deutsche Handwerk. Es ist der Träger besonderer Qualitätsleistung, gesunder Eigentumsverhältnisse und von erheblicher kultureller Bedeutung. Dem Handwerk muß weitgehender staatlicher Schutz und öffentliche Förderung zuteil werden. Es muß die Möglichkeit zu durchgreifender genossenschaftlicher Selbsthilfe und damit auch zur Eigenfinanzierung erhalten.

Schutz und Rechte der Arbeit

Arbeit und Intelligenz sind die wichtigsten Unterpfeiler des Wiederaufbaues. Deshalb müssen sie wirksam vor Ausbeutung und Gefahren geschützt und durch planvolle Lenkung so nutzbringend wie möglich eingesetzt werden. Die Lenkung der Arbeit muß aber ihre natürliche Grenze finden, wenn der Arbeiter dabei gegen seinen Willen von seiner Familie getrennt werden mußte. Deshalb lehnen wir jede Zwangsverschickung von Arbeitskräften als eine Form moderner Sklaverei entschieden ab.

Infolge der Umstellung der Wirtschaft auf eine völlig andersgeartete Friedensproduktion ist eine Umsetzung von Arbeitskräften, auch in eine berufsfremde Arbeit, unvermeidlich. Es sind daher schnellstens Maßnahmen zur Umschulung solcher Arbeitskräfte zu treffen, damit möglichst viele arbeitswillige Menschen zu einer neuen Berufstätigkeit in der Friedenswirtschaft übergehen können. Sollte die Umstellung der Wirtschaft zur Arbeitslosigkeit führen, so sollen die zuständigen Stellen mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln wertschaffende Notstandsarbeiten organisieren. Die Arbeiten sollen so ausgewählt werden, daß sie nicht nur an sich nützlich sind, sondern gleichzeitig auf die übrige Wirtschaft einen produktionssteigernden Antrieb ausüben.

Wir betrachten das Recht der Arbeitnehmer zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß, zum kollektiven Abschluß von Tarifverträgen und zur Mitbestimmung in den Betrieben als selbstverständliche Bestandteile einer modernen Wirtschaftsdemokratie und wünschen die Weiterentwicklung dieser sozialen Grundrechte in Richtung auf eine gleichberechtigte Teilnahme der Arbeitnehmerschaft an der Führung der Wirtschaft.

Die Erhaltung der deutschen Sozialversicherung ist trotz der gegebenen finanziellen Schwierigkeiten eine Notwendigkeit; sie muß jedoch vereinfacht und von übermäßiger bürokratischer Belastung befreit werden.

Neue Heimstätten

Die Bauwirtschaft ist in den kommenden Jahren neben der Landwirtschaft der lebenswichtigste Zweig der deutschen Wirtschaft. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte, insbesondere der Wohnungsbau, darf aber nicht allein der privaten Initiative und den „guten Beziehungen“ überlassen bleiben. Eine öffentliche Planung muß nach Maßgabe der vorhandenen Baustoffe und Arbeitskräfte die Wiederherstellung und den Neubau ausreichen-

den Wohnraums in Stadt und Land anstreben. Deshalb verlangen wir eine Genehmigungspflicht für alle Bau- und Reparaturvorhaben, zu denen fremde Hilfskräfte benötigt werden und ihre Einordnung in eine vernünftige soziale Dringlichkeitsfolge, bei der solche Arbeiten an der Spitze stehen müssen, die bei geringem Aufwand die meisten Wohnungen beschaffen.

Unabhängig davon soll die Selbsthilfe von Hausbewohnern zur Reparatur ihrer Wohnungen und ihres Hauses mit allen verfügbaren Mitteln gefördert werden, vor allem durch unverzügliche Zuteilung von Baustoffen in kleineren Mengen zur Deckung der Dächer, zur Schließung der Fenster und Türen und zur Aufrichtung von Innenwänden.

Bis zur Überwindung der Wohnungsnot muß in den Städten und auf dem Lande die öffentliche Bewirtschaftung des verfügbaren Wohnraumes ebenso aufrecht erhalten werden wie die Rationierung der Lebensmittel. Durch strenge und gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraumes muß insbesondere den Wohnungs- und Heimatlosen unseres Volkes geholfen werden.

Zur Überwindung dieser Wohnungsnot sind aber schon rechtzeitig in Zusammenarbeit der Gemeinden mit der Bauwirtschaft und den Architekten großzügige, aber wirklichkeitsnahe Pläne zu einem Wiederaufbau der Städte vorzubereiten. Ihr Ziel soll die möglichst schnelle Beschaffung menschenwürdiger Wohnungen für möglichst viele Familien sein. Auch auf dem Lande sind Siedlungspläne großen Stils in Angriff zu nehmen, um denen, die durch Luftangriffe oder Ausweisung ihr Heim verloren haben, neue Heimstätten zu errichten.

Die Bereinigung der Währung

Das vergangene Regime hat mehr als ein Vielfaches an Marknoten in den Umlauf gebracht, als es dem Gleichgewicht zwischen Geld und Gütern entsprochen hätte. Dadurch ist die Mark als Kaufmittel so entkräftet worden, daß man für sie — abgesehen von den rationierten Waren — so gut wie nichts mehr kaufen kann. Um dem Arbeitsverdienst aller Schaffenden seine reale Kaufkraft wiederzugeben, wollen wir, daß die Währung schnellstens bereinigt werde. Die Menge des umlaufenden Geldes muß wieder in eine vernünftige Beziehung zur vorhandenen und künftig zu produzierenden Gütermenge gebracht werden.

Welches Verfahren zu diesem Zwecke auch immer gewählt werden möge, wir wollen, daß der Schnitt, der dabei unvermeidlich sein wird, nicht mit einer scheinbaren Gleichmäßigkeit vorgenommen werde, sondern, daß das Opfer, das den kleineren Geldbesitzern auferlegt wird, genau wie bei einer gerechten Steuer nach einem niedrigeren Prozentsatz berechnet werde als der der größeren.

Arbeit und Brot, Wort und Schrift, Freiheit, Frieden und Sicherheit — ohne Uniformen, ohne Kollektivismus, ohne Machtrausch in seinen zahlreichen Formen, das ist es, was wir als christliche Politiker für das deutsche Volk wünschen, wofür wir bereit sind, all unser Bemühen und unsere Kräfte einzusetzen. Wer ehrlichen Willens und opferbereit dem gleichen Ziele zustrebt, schließe sich uns, die Kräfte verdoppelnd, an. Wer andere Anschauungen hat, ist nicht unser Feind; wir werden versuchen, uns mit ihm wenigstens teilweise zu verständigen. So, wie die Dinge liegen, kann nicht eine einzige Richtung allein bestimmend sein. Das deutsche Vaterland muß geistig und seelisch groß genug werden, um einer echt demokratischen Toleranz Platz zu schaffen. Nur wer für ein totalitäres System der Unterdrückung eintritt, ist unser erklärter Feind. Das deutsche Volk hat endgültig genug davon.

In diesem Sinn gehen wir geduldig, zäh und zukunftsgläubig an die Arbeit — all den entsetzlichen Schwierigkeiten zum Trotz, die uns der Wahnsinn der letzten 12 Jahre hinterlassen hat.

Frankfurt a. M., im September 1945.